

- Di, 17.10.2017, ab 17 h, Flashmob der SAK zum Weltarmutstag, Motto: „Reichtum verpflichtet“, vor Europagalerie, Saarbrücken - mitmachen
- Aktionen um 17 h, 17.30 h und 18 h > [Flugblatt zum Aktionstag](#)

Medienecho zum Weltarmutstag:

[HTTP://WWW.SR.DE/SR/HOME/NACHRICHTEN/PANORAMA/WELTARMUTSTAG_SAARLAND_FLASHMOB100.HTML](http://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/weltarmutstag_saarland_flashmob100.html)

[HTTP://WWW.ARDMEDIATHEK.DE/TV/MITTAGSMAGAZIN/WELTTAG-FÜR-DIE-BESEITIGUNG-VON-ARMUT/DAS-ERSTE/VIDEO?BCASTID=314636&DOCUMENTID=47003250](http://www.ardmediathek.de/tv/mittagsmagazin/welttag-für-die-beseitigung-von-armut/das-erste/video?bcastid=314636&documentid=47003250)

[HTTPS://WWW.SAARBUECKER-ZEITUNG.DE/SAARLAND/SAARBUECKEN/DEMONSTRATION-GEGEN-DIE-WACHSENDE-ARMUT_AID-6388016](https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/demonstration-gegen-die-wachsende-armut_aid-6388016)

Presseerklärung:

Saarbrücken, 21.09.2017



Flashmob der Armutskonferenz gegen das geplante Bettelverbot in Saarbrücken

*** Fr, 22.09.2017, ab 14 Uhr, vor der Europagalerie in Saarbrücken**

Die Saarländische Armutskonferenz e.V. (SAK) ruft für Fr, den 22. September zu einem Flashmob gegen die von Oberbürgermeisterin Britz geplante Bettelsatzung in der Saarbrücker Innenstadt auf.

Unter dem Motto: „Betteln für freies Betteln“ werden ab ab 14 Uhr, vor der Europagalerie in Saarbrücken, sozial engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Masken, Decken und Plakaten gegen das geplante generelle Bettelverbot demonstrieren. Nach einer weiteren Station in der Bahnhofstraße werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Laubbläser und Besen symbolisch aus der Stadt getrieben.

Ein weiterer Teil der Aktionen gegen das geplante Bettelverbot ist ein offener Brief an die Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, der eine deutliche Kritik an dem Vorgehen des Stadtoberhauptes beinhaltet.

Anlage: Offener Brief an Oberbürgermeisterin Charlotte Britz

Offener Brief

An die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken

Kampagne gegen Bettler und Bettlerinnen in Saarbrücken

Liebe Charlotte Britz,

mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben wir –die Saarländische Armutskonferenz- von der Absicht erfahren, eine bettelfreie Zone in Saarbrücken einzurichten.

Seit mehr als 20 Jahren haben soziale Organisationen, die Kirchen, die Polizei, die Stadt Saarbrücken, der Einzelhandel und engagierte Bürger und Bürgerinnen einen vorbildlichen Umgang mit armen Menschen und Bettlern erarbeitet.

Dabei haben sich alle Beteiligten auf den Grundsatz verständigt, diese Menschen als gleichwertige Bürger und Bürgerinnen anzuerkennen und sie nicht aus der Innenstadt zu verdrängen. Sie gehören zu dieser Stadt und haben ihre Existenzberechtigung.

Sie haben sowohl als Sozialdezernentin als auch als Oberbürgermeisterin in der Vergangenheit für dieses Miteinander geworben, mit armen Menschen den Kontakt gesucht und zwischen den verschiedenen Interessensgruppen vermittelt.

Warum dieser Sinneswandel? Warum diese menschenverachtende Kampagne gegen Bettler und Bettlerinnen? Soll die Innenstadt von Saarbrücken eine von unliebsamen Elementen, deren Anblick man nicht ertragen kann, gesäuberte Einkaufsmeile werden, in der nur noch Geld, aber keine Menschlichkeit mehr zählen? Soll aus der Hauptstadt des Fairen Handels die Hauptstadt des unfairen Handelns gegen arme Menschen werden? Wo ist Warmherzigkeit in kalten Zeiten?

Ich bin erschüttert, dass Sie Bettler und Bettlerinnen bekämpfen wollen, anstatt alle Energien darauf zu verwenden, Armut zu bekämpfen. Schaffen Sie würdige Lebensbedingungen für diese Menschen! Nicht der Ausschluss, die Ausgrenzung von armen Menschen ist das Gebot der Stunde, sondern deren Teilhabe am Gemeinwesen Saarbrücken.

Im Namen der Saarländischen Armutskonferenz appelliere ich inständig an Sie: Verabschieden Sie sich von jeglichen Plänen, in Saarbrücken eine bettelfreie Zone einzurichten. Arme Menschen unterliegen in Saarbrücken schon vielfältigen Regeln und Sanktionen, die ihre Lebenschancen beeinträchtigen (z.B. Spielregeln für die Straßenmusik).

Lassen Sie uns gemeinsam nach konstruktiven Lösungen suchen, die gesellschaftliche Ausgrenzungen verhindern und ein lebensbejahendes würdige Lebensbedingungen für diese Menschen!

Nicht der Ausschluss, die Ausgrenzung von armen Menschen ist das Gebot der Stunde, sondern deren Teilhabe am Gemeinwesen Saarbrücken.

Im Namen der Saarländischen Armutskonferenz appelliere ich inständig an Sie: Verabschieden Sie sich von jeglichen Plänen, in Saarbrücken eine bettelfreie Zone einzurichten. Arme Menschen unterliegen in Saarbrücken schon vielfältigen Regeln und Sanktionen, die ihre Lebenschancen beeinträchtigen (z.B. Spielregeln für die Straßenmusik).

Lassen Sie uns gemeinsam nach konstruktiven Lösungen suchen, die gesellschaftliche Ausgrenzungen verhindern und ein lebensbejahendes Miteinander ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Edlinger

Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz

PRESSEERKLÄRUNG:
SAARBRÜCKEN, 18.09.2017

**Forderungen der Saarländischen Armutskonferenz e.V. zur
Bundestagswahl 2017**



Die Saarländische Armutskonferenz ruft die politischen Parteien auf, Armut umfassend, nachhaltig und gezielt zu bekämpfen. Sämtliche Möglichkeiten der Armutsbekämpfung sind vollständig auszuschöpfen und zu finanzieren.

Ein Aktionsplan gegen Armut muss mit konkreten Maßnahmen aufzeigen, wie die extrem hohe Armut in Deutschland tatsächlich und nachweisbar verringert werden kann.

Im Einzelnen fordert die Saarländische Armutskonferenz:

- Bedarfsgerechte, armutsfeste Sozialleistungen, die ein Leben in Würde ermöglichen. Dazu zählen Leistungen für Hartz-IV-Bezieher, Arbeitslose, Grundsicherungsberechtigte, Asylbewerber/-innen und EU-Zuwanderer/-innen**
- Eine Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf von Kindern berücksichtigt**
- Eine Grundrente, die als Mindestsicherung ein Leben ohne Sozialhilfe ermöglicht**
- Einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Löhnen, der Menschen die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet.**
- Die bedarfsgerechte Umsetzung eines sozialen Wohnungsbauprogramms**
- Die vollständige Befreiung armer Menschen von den Kosten der Gesundheit**

- Der Bund muss sich für europaweite, menschenwürdige Sozialstandards einsetzen**
- Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben muss aufhören**
- Steuergerechtigkeit durch eine deutlich stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen**
- Den Einstieg und die Diskussion für ein bedingungsloses Grundeinkommen**

Wolfgang Edlinger V.i.s.d.M.

Kontakt Mobil 01520-2533972 Web sakev02.wordpress.com

PRESSEERKLÄRUNG
SAARBRÜCKEN, 25.07.2017

VdK und SAK fühlen Bundestagskandidaten auf den Zahn



Der Sozialverband VdK Saarland und die Saarländische Armutskonferenz (SAK) veranstalten am Donnerstag, 24. August von 17 bis 19.30 Uhr einen „Kandidaten-Check“ zur Bundestagswahl 2017 im Forum der Saarbrücker Zeitung (Eisenbahnstraße 31 in Saarbrücken).

Folgende Bundestagskandidaten bzw. Parteienvertreter nehmen teil:

Marc Speicher (MdB, CDU, CDA-Landesvorsitzender), Esra Limbacher (SPD, Wahlkreis Homburg), Thomas Lutze (MdB, Die Linke, Wahlkreis Saarbrücken), Markus Tressel (MdB, Die Grünen, Wahlkreis Saarlouis) sowie Peter Habel (FDP, Wahlkreis Homburg).

Als Impulse werden Kurzfilme der VdK-Aktion „Soziale Spaltung stoppen!“ zu den Themen Armut, Rente, Pflege, Gesundheit und Behinderung gezeigt, über die anschließend diskutiert wird. Die Diskussion moderiert der VdK-Landesgeschäftsführer Peter Springborn. Eröffnet wird der Kandidaten-Check von der stellvertretenden VdK-Landesvorsitzenden Dagmar Heib (MdB, CDU), das Schlusswort

hält der VdK-Landesvorsitzende Armin Lang.

Zur besseren Planung wird um Anmeldung unter Telefon (0681) 58459-121 oder saarland@vdk.de gebeten. Der Eintritt ist frei.

Nationale Armutskonferenz stellt Positionen zu Armut und Gesundheit vor

Berlin, den 13.07.2017: Mit ihrem Positionspapier Armut und Gesundheit wendet sich die Nationale Armutskonferenz im Vorfeld der Bundestagswahl an Verantwortliche in Politik und Gesellschaft. Neben den Grundsatzforderungen beleuchtet das Positionspapier die Situation von verschiedenen Gruppen, etwa den Empfänger*innen von Hartz IV und Sozialhilfe, Asylsuchenden, Geflüchteten und wohnungslosen Menschen.



Barbara Eschen, Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg und **Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (nak)**, sagte: „Armut bedeutet mehr als den Verzicht auf Konsumgüter. Armut bedeutet physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung. **Ausgaben für ihre Gesundheit stellen Menschen mit geringem Einkommen vor unüberwindbare Finanzierungsprobleme.**“

Prof. Gerhard Trabert, **Vorsitzender des Vereins Armut und Gesundheit**, Sprecher der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz und Mitglied der Arbeitsgruppe Armut und Gesundheit der nak, sagte: „Die NAK zeigt in ihrem Positionspapier zum Thema Armut und Gesundheit strukturelle Versorgungsdefizite sowie **Menschenrechtsverletzungen im Kontext der Gesundheitsversorgung** bestimmter Personengruppen in Deutschland auf und formuliert konkrete Forderungen um diese zu verhindern und zu beseitigen. Eine adäquate Gesundheitsversorgung für Jedermann ist ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht wird täglich in Deutschland verletzt.“

Manfred Klasen, Mitglied der AG Armut und Gesundheit der NAK und **Geschäftsführer der Saarländischen Armutskonferenz e.V.**: „Bei der finanziellen Situation der von Armut Betroffenen kann schon eine einfache Zuzahlung von Medikamenten, insbesondere am Monatsende, schmerzhaft oder krankheitsverlängernde Folgen haben. Viele Betroffene stehen vor der Wahl entweder ihre Medikamente kaufen zu können oder aber Lebensmittel. **Die Betroffenen stehen vor der Wahl: „Schmerzen oder Hunger!“**

Artikel aus der Frankfurter Rundschau: <http://www.fr.de/wirtschaft/armutskonferenz-armut-macht-krank-krankheit-macht-arm-a-1313238>



• **Dienstag, 30. Mai 2017, 19.00
bis 21.00 Uhr**



**„Buchvorstellung: Kein Wohlstand für alle!?“ und Präsentation der
Fotoausstellung: „Auf Augenhöhe – Gesichter der Armut“**

Mit dem Erziehungswissenschaftler, Autor und Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin Dr. Ulrich Schneider und Mitgliedern der Foto-Gruppe der SAK e.V.

**Arbeitskammer des Saarlandes in Kooperation mit der Saarländischen Armutskonferenz und
der Saarbrücker Stadtbibliothek**

Um Anmeldung wird gebeten:

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@arbeitskammer.de

Online: www.arbeitskammer.de/ak-gespraech

**27.05.2017, ab 11 Uhr, SAK-Film: „Leben
trotz Armut“ (Zusammenfassung) beim Ev. Kirchentag in
BERLIN, Messegelände, Halle 9**



**Kampagne (Internetpetition) der Nationalen Armutskonferenz zu Kinderarmut – Forderung
nach Kindergrundsicherung:**

<https://weact.campact.de/petitions/keine-ausreden-mehr-armut-von-kindern-und-jugendlichen-endlich-bekampfen>

Die Saarländische Armutskonferenz unterstützt den unten stehenden Aufruf gegen Rechtsextremismus – im Zusammenhang mit der Landtagswahl – ausdrücklich!

Wir, die DGB Kreisvorsitzenden von Saarlouis, Saarbrücken, Saar-Pfalz und St. Wendel schließen uns dem Aufruf gegen Rechtsextremismus an.



Wir warnen ausdrücklich davor, rechtspopulistische oder rechtsextreme Gruppierungen zu unterstützen.

Im Gegenteil, das Wahlergebnis muss ein Aufstand gegen Rechtsextremismus sein. Wir rufen dazu auf, ausschließlich demokratische Parteien zu wählen.

Gruppierungen, die die Demokratie in Frage stellen, gegen Flüchtlinge hetzen und Arbeitsnehmerinteressen angreifen, schaden dem Land.

Albert Augustin

DGB Kreisverband Saarbrücken

Vorsitzender

Presseerklärung

Saarbrücken, 21.03.2017

Armutskonferenz stellt Forderungen zur Landtagswahl auf



*** Unterschiede der Parteien beim öffentlichen Beschäftigungssektor, bei der Diskussion um ein Grundeinkommen und bei der Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

Die Saarländische Armutskonferenz e.V. (SAK) hat Forderungen zur Landtagswahl erstellt und die demokratischen Parteien gebeten darauf schriftlich zu antworten.

Im wesentlichen, so SAK-Vorsitzender Wolfgang Edlinger, stimmen die demokratischen Parteien den Forderungen der Armutskonferenz zu.

Die größten Unterschiede zeigten sich bei Themen wie dem Bedingungslosen Grundeinkommen das nur bei den Piraten, bei Enthaltung der Linken, auf Zuspruch stoß.

Unterschiede gab es bei der Forderung nach einem öffentlichen Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Löhnen. Diese stieß bei der FDP auf Ablehnung. Der Forderung nach Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge konnte sich die CDU nicht anschließen.

Die Saarländische Armutskonferenz erwarte, so Wolfgang Edlinger, dass die Parteien sich an ihre positiven Aussagen zu den Forderungen der SAK nach der Wahl erinnern und entsprechend handeln. Die Armutskonferenz werde, unabhängig vom Wahlausgang, mit den politisch Verantwortlichen um die besten Lösungen für von Armut betroffene Menschen ringen. Jeder und jede Wahlberechtigte solle sein bzw. ihr Wahlrecht nutzen und dabei auch die berechtigten Lebensinteressen von Menschen in Armut im Blick behalten, so die Armutskonferenz abschließend.

Presseerklärung und EINLADUNG

Saarbrücken, 16.02.2017

Veranstaltung zur Landtagswahl:

Armut und Armutsbekämpfung im Saarland

* **Mi, 22.02.17, 17 h, in die Wärmestube Saarbrücken, Triererstr. 64**

Die Saarländische Armutskonferenz lädt, anlässlich der Landtagswahl, für Mi, den 22. Februar, zu einer Veranstaltung zum Thema „Armut und Armutsbekämpfung im Saarland“ ein. Ab 17 Uhr werden in der Wärmestube Saarbrücken, Triererstr. 64, Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien vom Publikum zu ihren Konzepten und konkreten Vorstellungen zur Armutsbekämpfung im Saarland befragt.

– Moderation Georg Diening

Die Bevölkerung ist zu dieser Befragung herzlich eingeladen!

Infos: Manfred Klasen

Mobil: 01520-2533972

Mail: sak@freenet.de

Web: <https://sakev02.wordpress.com>

Forderungen zur Landtagswahl unter „**Veröffentlichungen**„



ARMUT UND ARMUTSBEKÄMPFUNG IM SAARLAND

Welche Konzepte haben die Parteien?

* *Veranstaltung zur Landtagswahl*



Mittwoch 22. Februar 2017, 17 Uhr

Wärmestube Saarbrücken Triererstr. 64 66111 Saarbrücken

mit:

- Dagmar Heib, MdL CDU
- Petra Berg, MdL SPD
- Heike Kugler, MdL DIE LINKE
- Gerd Rainer Weber, Vorsitzender Piraten
- Vertreter von Grünen und FDP sind angefragt

und saarländischen Bürgerinnen und Bürgern

Moderation: Georg Dienes

Infos

– Mobil: 01520-2533972

– Mail: sak@freenet.de

V.i.S.d.M: Saarländische Armutskonferenz, Manfred Klasen, Karcherstr. 18, 66111 Saarbrücken

[Herunterladen](#)

Saarländische  Armutskonferenz

Fotoausstellung: AUF AUGENHÖHE – Gesichter der Armut ** **Mi 15. Febr., 19 Uhr, Peter-Dewes-Gemeinschaftsschule Losheim***

Auf AUGENHÖHE – Gesichter der Armut, unter diesen Titel laden die Arbeitskammer des Saarlandes und die Saarländische Armutskonferenz, in Kooperation mit der Peter-Dewes-Gemeinschaftsschule Losheim und dem Landkreis Merzig-Wadern zur Fotoausstellung in die Peter-Dewes-Gemeinschaftsschule nach Losheim ein. Die Eröffnung am Mi, 15. Febr. `17 beginnt um 19 Uhr.

Die Fotogruppe der Armutskonferenz hatte sich zusammen mit dem Fotografen Pasquale D'Angiolillo, unter Beteiligung der Arbeitskammer, auf einen kreativen Weg gemacht und in einem zweijährigen Prozess die Ausstellung entwickelt.

Ein Portrait und eine Lebenssituation wurde von den Teilnehmern ausgesucht, mit Stichworten und kurzen Texten belegt und von Pasquale D'Angiolillo sensibel und gekonnt fotografiert.

Die Ausstellung durchbricht die stereotypen Sichtweisen auf Arme und zeigt Menschen mit Stärken und Schwächen, die eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind.

Neben Vertretern der Arbeitskammer, der Schule und der Armutskonferenz werden bei der Vernissage auch der Fotograf und Mitglieder der Fotogruppe zu Wort kommen.

Pressekontakt:

Manfred Klasen, Saarländische Armutskonferenz, Mobil: 01520-2533972

Dagmar Ertl, Arbeitskammer des Saarlandes, Festnetz: (0681) 4005-417

Pressemitteilung im Auftrag des Saarland Sozialgipfels vom 02. Februar 2017

Donnerstag **09.02.2017** um **18 Uhr** in Neunkirchen (Stummsche Reithalle):

„Sozialer denken – sozialer handeln“: 20 Jahre Saarland Sozialgipfel

Die Jubiläumsveranstaltung anlässlich von 20 Jahren Saarland Sozialgipfel nähert sich. Und es lohnt sich, am 9. Februar in die Stummsche Reithalle zu kommen. „Sozialer denken – sozialer handeln“ lautet das Motto der abwechslungsreichen Fachveranstaltung, zu der der Eintritt kostenfrei ist. Die Veranstaltung dauert von 18 bis ca. 21 Uhr. *(Zu Anfang wird eine kurze Zusammenfassung des SAK-Films „Leben trotz Armut“ gezeigt.)*



Anmeldungen bitte über das DGB-Portal: <http://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/saar/veranstaltungen>

Bewerbung + Anmeldung auch über Facebook möglich:
<https://www.facebook.com/events/857934477677779>

PS: Die SAK ist aktiv am Saarland-Sozialgipfel beteiligt!

10.01.2017 19:00 Uhr



Saarbrücken: Stromsperrn werden meist vermieden

Im Saarland werden offenbar die meisten Stromsperrn für zahlungssäumige Kunden vermieden. So wurden nach Angaben des Verbraucherschutzministeriums zwischen Juli 2015 bis Juni 2016 knapp 88.000 Sperrn angedroht, aber nur rund 900 umgesetzt. Die saarländische Armutskonferenz und die Sozialverbände sehen bei diesem Thema aber noch Handlungsbedarf. Für Verbraucherschutzminister Reinhold Jost ist die Selbstverpflichtungserklärung von Energieversorgern, Sozialverbänden und Behörden ein Erfolg. Dennoch wolle er das System weiterentwickeln und betroffenen Stromkunden künftig eine verpflichtende Energiesparberatung anbieten. Er will sich dafür einsetzen, dass von Stromsperrn betroffene Haushalte mehr Zeit bekommen ihre Schulden beim Energieversorger zurückzubezahlen. Ein Sprecher der Sozialberatung der Pädagogisch-sozialen Aktionsgemeinschaft Pädsak fordert, dass die Berater grundsätzlich vier Wochen Zeit haben, um Stromsperrn zu vermeiden. Die saarländische Armutskonferenz betont, die Zahl der angedrohten Stromsperrn sei mit 88.000 innerhalb eines Jahres enorm hoch. Das zeige, dass es bei den Energiekosten ein Problem gebe. Wolfgang Edlinger von der Armutskonferenz sprach sich für einen Entschuldungsfond aus. Ein Hartz IV Empfänger der gleichzeitig noch Stromschulden bezahlen solle, rutsche unter das Existenzminimum. Das werde nicht funktionieren.

